

משיאה  
MASBUAH

AR-JOEM - 003 - 163

מצאי: 4480

כרטיס מצאי: 49656

מחשב: 50283

גליון של כתב העת

(MB) Mitteilungsblatt

ביטאון של "ארגון יוצאי מרכז

אירופה"

מס' 23 תאריך 9.6.44

מסואה  
MASSU

מסואה  
MASSU

Palgin  
against  
HEADACHE  
TOOTHACHE  
NEURALGIA

# ידיעות

## MITTEILUNGSBLATT

ALIIA CHADASCHA עליה חרשה

JAHRGANG 8, Nr. 23 TEL-AVIV, 9. JUNI 1944 חל-אביב י"ח סיון תש"ד

The Arrang  
nach Mass  
O.B.G.  
JERUSALEM TELAVIV HAIFA

# Rom und Jerusalem

Sturm auf Europa — Die Besetzung Roms — Judenschicksal und Fluechtlingsrettung — Ausblick

Unmittelbar nach der Einnahme von Rom wurde am Dienstag die ganze Welt elektrisiert und aufgewühlt von der Nachricht, dass die alliierte Invasion in Westeuropa begonnen hat. Alle Herzen schlugen höher, die Menschen rufen sich auf der Strasse die letzten Nachrichten zu, man erwartet mit grösster Spannung die weiteren Berichte. Freilich ist damit zu rechnen, dass ein so gewaltiges Unternehmen nicht an einem Tage vollendet wird. Wir sind wieder in eine Zeit der Spannung und Erregtheit. Wir in diesem Winkel der Welt sind in der zugleich glücklichen und bescheidenen Lage der „Zuschauer“ bei dem grossen historischen Drama. Das Eine ist sicher: Die Stunde der Befreiung ist nahe. Die Bannerträger der Freiheit nahen sich der Küste des geknechteten Kontinents.

Die Besetzung von Rom durch alliierte Truppen ist einer der historischen Wendepunkte dieses Krieges. In zahllosen Kommentaren hat man in den letzten Tagen von allen Seiten dieses Ereignis gewürdigt. Handelt es sich doch hier nicht um eine bloss militärische Leistung — obwohl der Durchbruch des General Alexanders zu den grossen Schlachten der Weltgeschichte zählen wird — sondern um ein grösseres, ist die moralische Wirkung. In rein militärischer Hinsicht wird es darauf ankommen, den Kampf fortzusetzen und die deutsche Armee zu vernichten. Die Deutschen weisen triumphierend darauf hin, dass der Weg bis in die norditalienische Tiefebene noch 500 km weit ist und der Hindernisse viele sind. Die Führung des Feldzugs können wir getrost den alliierten Generalen überlassen, die in den letzten Kämpfen den Beweis ihrer Kompetenz erbracht haben. Die sorgfältige Vorbereitung der Offensive und das Zusammenwirken der alliierten Hauptkolonnen mit den vier Monate lang im Anzio-Brückenkopf wartenden Kräften war gewiss keine geringe strategische Leistung. Genau neun Monate nach dem italienischen Waffenstillstand, nachdem die Deutschen sich Roms bemächtigt hatten, ist die italienische Hauptstadt in die Hände der Alliierten gefallen.

Was aber die moralische Bedeutung betrifft, kann jeder, auch der einfache Mann auf der Strasse, sich ein Urteil bilden. Wir vermuten, dass selbst der durchschnittliche Deutsche nicht ohne Erschütterung diese Kunde vernehmen wird, war doch das ganze System von Hitlers Aussenpolitik seit acht Jahren aufgebaut auf dem Idee der sogenannten „Achse Rom-Berlin“. Aus dieser Achse ist nun auch tatsächlich das eine Ende herausge-

brochen. Rom ist die erste grosse Hauptstadt des Feindes, die in die Hand der Alliierten fällt. Das symbolische Zentrum der Alten Welt wurde befreit von Freiheitskämpfern der Neuen Welt, jener Neuen Welt, von der Churchill vor genau vier Jahren (am 4. Juni 1940) in einer seiner grössten Reden prophesiezeit hat, dass sie „in Gottes guter Zeit“ zur Rettung und Befreiung der Alten herbeieilen wird.

Rom war durch Jahrtausende der Mittelpunkt der Alten Welt. Das ganze Mittelalter ist sozusagen erfüllt vom Kampf um Rom, das ein ständiges Ziel germanischer Eroberungssucht war. Die Stadt ist Sitz einer in ihrer Art einzig dastehenden geistlichen Macht, die im Mittelalter mit der weltlichen um die Vorherrschaft rang und später in politischer Hinsicht in engere Schranken zurückgedrängt wurde, aber auch heute noch, trotz der kirchlichen Spaltungen der letzten Jahrhunderte, die geistliche Oberhoheit über Millionen behält. Aber das heutige Rom ist nicht mehr identisch mit diesem religiösen Zentrum. Seit 1871 ist Rom die Hauptstadt des weltlichen Königreichs Italien. Seit dieser Zeit ist die Stadt nicht mehr von einer fremden Macht erobert oder besetzt worden. Erst in diesem Krieg haben die Deutschen, zunächst als Bundesgenossen, sich der Stadt bemächtigt, und nun ziehen die alliierten Truppen in die Stadt ein, es ist anzunehmen, dass auch die italienische Regierung und das Königshaus unter alliiertem Schutz demnächst zurückkehren werden.

Vor 22 Jahren wurde in Rom das Banner des Faschismus aufgepflanzt, jener barbarischen Lehre, die nicht nur die 150 Jahre früher erkämpften Menschenrechte annullieren wollte, sondern auch den Krieg als höchsten Gipfel des Menschentums proklamierte. Der Faschismus wollte das gutnütigen und lebenswerte italienische Volk um jeden Preis zu einer kriegerischen, heroischen, eroberungstüchtigen Nation machen. Er spottete über den Verfall und die Schwäche der Demokratie. Nun ziehen die Truppen der siegreichen Demokratie in Rom ein, und der Faschismus ist verweht wie die Spreu im Winde. Auch dies ist ein symbolischer Vorgang. Die Demokratie hat den Krieg niemals verheerlich, sie hat das kindische Gerede von Lobpreis eines Heldentums, das nur zu endlosem Blutergüssen und Kummer führt, verabscheut. Aber sie war weder tot noch kraftlos. Als der Uebermut des Faschismus sich an die Freiheit der Welt heranwagte, hat die Demokratie, verwurzelt in der englischen Insel und in der Neuen Welt, sich zu einer Gegenwehr erhoben, deren Triumph jetzt jedermann sichtbar ist, während die alliierten Tanks durch die Strassen

von Rom rollen — durch jene Prunkstrassen, die nach Mussolinis Wunsch die Unbesiegbarkeit seines neuen faschistischen Imperiums versinnbildlichen sollten. Es ist das erste Mal seit 1971, dass Rom in dieser Weise Mittelpunkt kriegerischer Ereignisse wird.

In der frei fühlenden Welt — und sicherlich auch im ganzen besetzten Europa — wird die Kunde von der Einnahme Roms als der erste Vorboten der Erlösung begrüsst werden. Es ist ein Freudentag für die ganze Welt.

Wie seltsam paradox und symbolisch zugleich ist es, dass dieser internationale Freudentag für uns Juden in Palästina zusammenfällt mit einem „nationalen Trauertag“. Viele Tage vorher, natürlich ohne jeden Zusammenhang mit den kriegerischen Ereignissen, war der 5. Juni zu einem Trauer- und Alarmtag des Jischuw, wegen der Ausweglosigkeit der Lage der europäischen Juden proklamiert worden. Der Zufall wollte es, dass dieser Tag zusammenfiel mit dem Tag der Besetzung Roms. Die Erlösung Europas, so sagt uns dieses Ereignis, schreitet vorwärts, aber, so sagt uns unser jüdisches Empfinden, sie schreitet zu langsam für uns. Dies ist kein Vorwurf für die alliierten Heere, die in übermenschlichen Leistungen unter schwersten Opfern sich vorwärts kämpfen; es ist nur eine bedrückende Ueberlegung über unsere eigene Lage. Denn jeden Tag, so hören wir, werden jetzt aus Ungarn Tausende von Juden nach Polen deportiert. Das ist eine grauenvolle Rechnung, wenn man bedenkt, dass Tag um Tag vergeht und keine Rettung in Sicht ist.

Wie es um die Hilfsaktion für die noch auf Rettung wartenden Opfer der Naziverfolgung steht, zeigte kürzlich der Zwischenfall mit dem kleinen see-unfähigen Transportschiff „Maritza“, das im Schwarzen Meer unterging, glücklicherweise ohne Menschenopfer. Die Nachricht von diesem Unglücksfall wurde begleitet mit dem Kommentar, dass dadurch der Abtransport von Flüchtlingen aus den Balkanstaaten ausserordentlich erschwert werden würde. Mit anderen Worten: Mit Ausnahme dieses kleinen, dem Untergang Geleiteten, 250 T-Bootes stehen für die Beförderung der wartenden Menschen keine Fahrzeuge zur Verfügung. Dies ist eine Situation, für die der Mann auf der Strasse selbst im Moment der alle Transportfahrzeuge beanspruchenden Invasion Europas, keine zureichende Erklärung findet. Vor einigen Tagen wurde gemeldet, dass zehntausende polnischer Flüchtlinge aus Persien nach Neuseeland überführt werden sollen. Ohne uns selbstverständlich in die Dispositionen der zuständigen Be-

hörden hineinzuweisen, müssen wir doch sagen, dass es dem gewöhnlichen Verstand unbegreiflich ist, warum Menschen, die ohnedies auf Kosten der Vereinigten Nationen erhalten werden, aus einem Land völliger Sicherheit abtransportiert werden müssen, während in den Randländern Europas Zehntausende Totgeweihten auf das rettende Boot warten.

Es ist ein schwer erträglicher Gedanke, sich damit abfinden zu müssen, dass nichts geschehen kann, um die eigenen Eltern, Kinder und Geschwister zu retten, u es ist nur menschlich zu glauben, dass vielleicht doch etwas geschehen könnte. Freilich haben wir schon mehrmals unserer Meinung Ausdruck gegeben, dass das blosses Herumreden über diesen schmerzlichen Sachverhalt auch nicht viel nützt und nur die gegenteilige Gefahr erzeugt, nämlich die, dass das Klagen und die Trauer-Reden, ja selbst die an die Welt gerichteten Beschwerden und Hilferufe zur Routine werden und keine besondere Wirkung mehr auslösen. Diese Gefahr ist schlimm genug in Bezug auf die Aussenwelt, der gegenüber die Anrufe und Beschwörungensformeln durch Inflation entwertet werden, sie ist noch schlimmer in Bezug auf uns selbst, denn sie fördern ein unfruchtbares, verbitterndes Ressentiment. Die Haltung unseres Publikums entspricht keineswegs, wie schon oft festgestellt wurde, dem Inhalt der Kundgebungen. Unsere führenden Geister haben noch kein anderes Mittel der Kundgebung gefunden als die Arbeitseinstellung, obwohl diese Einschaltung eines Ferien-tages auch in ihrer stimmungsmässigen Wirkung nicht immer der beabsichtigten Demonstration von Trauer entspricht. Der Hauptetwand aber, der auch diesmal wieder von verschiedenen Seiten erhoben wurde, ist die Unmöglichkeit der mehrmaligen Wiederholung einer solchen Demonstration. Das sind Gedanken, die im Publikum vielfach geflüstert werden. Wir sollten aber auch bei jeder Kritik unserer Instanzen immer bedenken, dass eines dazwischensteht, nämlich der leidenschaftliche Wunsch, die Dinge wenigstens nicht völlig unbeachtet und ohne jede sichtbare Reaktion vorübergehen zu lassen, ein Wunsch, der gewiss tief berechtigt ist, auch wenn wir an solchen Tagen unsere Ohnmacht besonders schmerzlich empfinden.

Zu den nicht sehr wirksamen Demonstrationen müssen leider — neben den schlecht aufgelegenen Tagungen der Assafath Niwcharim — auch die Kundgebungen der hebräischen Schriftsteller gerechnet werden, die nun zum dritten Male in einer Reihe von Resolutionen ihre Meinung kundgeben, dass etwas geschehen müsse. Das ist

Konferenz der Schriftsteller wurde von Keren Hajessod in Kfar Schmarjahu veranstaltet. Es freut uns, dass ein von der deutschen Alija gegründetes aufblühendes Dorf Gelegenheit hatte, die hebräischen Schriftsteller des Landes als Gäste zu begrüssen; und wir hoffen, dass es auch für die Besucher interessant war, diese Leistung von Juden aus Mitteleuropa näher kennen zu lernen. Ist es doch eine betrübliche Tatsache, wenn man häufig feststellen muss, dass sogar Menschen des öffentlichen Lebens einschl. zahlreicher Schriftsteller von diesem Sektor unseres Aufbauwerkes im Lande so gut wie gar nichts wissen. Dieser Kontakt von zahlreichen Wortführern des Jischuw mit einem Dorf wie Kfar Schmarjahu ist also eine willkommene Nebenwirkung der letzten Veranstaltung.

Auf dem Gebiet der Rettung von Flüchtlingen haben wir in dieser Woche auch etwas Positives zu verzeichnen, nämlich die Ankunft von 571 jüdischen Flüchtlingen aus dem befreiten Italien. Es handelt sich um einen Flüchtlingstransport, der noch unter relativ günstigen Verhältnissen in Europa im Internierungslager leben konnte, denn die Italiener haben sich menschlich benommen. Wir hoffen, dass es gelingen wird, die neuen Ankömmlinge im Lande richtig zu empfangen und einzunordnen und dass sich nicht die bedauerlichen Verhältnisse wiederholen werden wie bei der Ankunft der „Nyassa“, wo man zu erst freudige Begrüssungsreden hielt und nachher vielen Menschen nicht einmal ein Obdach verschaffen konnte, geschweige denn eine wirtschaftliche Einordnung. In dem Moment, wo die Befreiung Europas beginnt, müssen wir den Wunsch aussprechen, dass bald der Tag kommen möge, wo auch aus anderen Teilen des befreiten Europa Flüchtlingstransporte in Erez Israel eintreffen, und wir wünschen und hoffen, dass die Menschen im Augenblick der Rettung noch so viel körperliche und seelische Energie bewahrt haben, um sich nach den furchtbaren Jahren der Bedrückung einem neuen freien Leben einfügen zu können.

Es sind historische Stunden, in denen wir leben. Die Nachrichten überstürzen sich, und wir können nicht wissen, welche Wendung die nächste Stunde bringen wird. In unseren Herzen leuchtet wieder ein Strahl der Hoffnung. Vielleicht ist das Ende des Grauens näher, als wir noch vor kurzem glaubten. Wir müssen freilich auch auf das Gegenteil gefasst sein, auf weitere Monate schweren Ringens. Wir hoffen nur, dass die Opfer, die auf allen Seiten noch gebracht werden müssen, nicht übermässig sein dürfen.

# Inlandsnachrichten

Prof. Fodor wurde zum Dekan der naturwissenschaftlichen Fakultät der hebräischen Universität in Jerusalem wiedergewählt. — Charles Passmann, der Vertreter des Joint für den Mittleren Osten, der aus dem Iran in Palästina eingetroffen ist, gab den Jerusalem jüdischen Journalisten eine interessante Darstellung der wichtigen Arbeit des Joint für die Flüchtlinge in Russland. Einen Teil der Waren, die für die Liebesgabenpakete nötig sind, erwarb der Joint von der USA-Regierung nach dem Pacht- und Leihgesetz. — Die Industrieproduktion Palästinas hat sich seit Kriegsbeginn verdoppelt, die landwirtschaftliche Produktion ist seit der gleichen Zeit um 50% gestiegen. — Eine halbe Million Holzkisten sind auf Grund einer Regierungsbestellung aus Portugal im Land eingetroffen und werden zum Export von Zitrusfrüchten in der kommenden Saison dienen. Im Ganzen wird die Regierung 1944/45 drei Millionen Kisten abnehmen. Für den Export wird je zur Hälfte der jüdische und arabische Sektor herangezogen werden. — Verhandlungen mit arabischen Arbeiterverbänden über die Herausgabe eines Gesetzes, das die Festsetzung eines Mindestlohnes zum Gegenstand haben soll, werden von der Palästina-Regierung gepflogen. Als Vorbild dürfte das englische Gesetz über Minimallohne dienen. — Der Entwurf des Lehrlingsgesetzes erscheint demnächst in der „Palestine Gazette“. — Die diesjährige Modeausstellung findet Ende Juni in Tel-Aviv statt. Die Regierung bestimmte, wie in den vergangenen Jahren, eine feste Exportquote. — Ein grösseres Quantum Glas ist aus Palästina in Syrien eingetroffen. — Tel-Aviv verhandelt mit einem inländischen Bankkonsortium wegen Erteilung einer Anleihe von 500.000 Pfund. Das Geld soll für dringliche öffentliche Arbeiten verwendet werden. Die Verhandlungen versprechen ein baldiges, positives Ergebnis. — Das Budget der Kehilla Haifa für das kommende Rechnungsjahr ist mit 180.000 Pfund beantragt, gegenüber 124.000 Pfund im Vorjahre. — Der Protest des Vizebürgermeisters von Jerusalem, Auster, gegen die Beteiligung des Bürgermeisters Mustafa Chaldai an der Konferenz der arabischen Stadtoberhäupter ist, wie der District-Commissioner mitgeteilt hat, an den High Commissioner zur Entscheidung weitergeleitet worden. — Das Wasserwerk von Nathanya wurde, so besagt ein einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung, in städtischen Besitz überführt. Die Verkäufer beabsichtigen, den Käuferlös in öffentlichen Bauten in Nathanya zu investieren. — Der Waad von Gadera, in dem die Alija Chadascha durch Herrn Stiasny vertreten ist, wurde wiedergewählt. Die Einnahmen der Ortsverwaltung im abgelaufenen Budgetjahr betragen 2069 LP. und ergaben einen Ueberschuss von 422 Pfund. — In Gan Yawne wurde in Anwesenheit des tschechoslovakischen und jugoslawischen Konsuls ein öffentlicher Park auf den Namen des Präsidenten Beneš gepflanzt. Ein Teil des Ortes erhielt den Namen „Tlidice“. Es sprachen für die Jewish Agency: Leo Herrmann, ferner der frühere Abgeordnete Dr. Goldstein, der District-Commissioner usw. — Der Kibbuz „Ogen“ in der Nähe von Kfar Saba und Sde Warburg, feiern seinen fünfjährigen Bestand. Die Gruppe betreibt eine Vulkanisierungsanstalt für Autoreifen. — In Bet Sera fand eine Ausstellung statt, die die landwirtschaftliche Produktion des Kibbuz zeigte. — M. Margalit, der Schauspieler des „Ohef“, begibt sich auf eine Rundfahrt zu den jüdischen Einheiten der britischen Armee in Syrien und im Libanon. — Der Kibbuz Galujot der 799 Einwanderer, die am vergangenen Freitag in Palästina eintrafen und ins Clearing-Camp nach Athlit gebracht wurden (siehe Leitartikel) zeigt folgende interessante Statistik der Herkunftsländer: Aus dem Yemen: 193; aus der CSR.: 192; aus Jugoslawien: 178; aus Polen: 113; aus Oesterreich: 58; aus Deutschland: 25; aus Bulgarien: 5; aus Rumänien: 1 und 11 Staatenlose. — Die Absendung von Lichtbildern an Kriegsgefangene ist neuerdings nach bestimmten Vorschriften gestattet, die bei der Post erfragt werden können. — Die Aufgabe hebräischer Telegramme am Schabbat ist nach einer Auskunft der Postverwaltung deswegen unmöglich, weil zu wenig hebräisch sprechende nichtjüdische Beamte zur Verfügung stehen. Dabei ist die Zahl der Araber, die hebräisch lernen, wesentlich grösser als die Zahl der Juden, die arabisch lernen. — Die Leistungen des Jischuw durch freiwillige Selbstbesteuerung sind nach einer von Ullutz aufgestellten Statistik für die Zeit September 1936 bis September 1943: 2,354.000 Pfund. Bis Ende September dieses Jahres dürfte sich dieser Betrag auf 4,000.000 Pfund erhöhen. Mit diesen Leistungen steht der Jischuw ohne Zweifel an der Spitze aller jüdischen Gemeinschaften der Welt. — Die sowjetrussischen Wochenschauen, die in palästinaensischen Kinos vorgeführt werden, erhalten nunmehr, so wurde aus Russland zugesagt, auch eine einkopierte hebräische Beschriftung. — Anti-Typhusvakzine, die von Juden aus Uruguay bei der hebräischen Universität in Jerusalem bestellt wurden, sind per Flugzeug von hier nach Teheran abgegangen und werden dort den russischen Behörden übergeben. Es handelt sich um 25.000 Kubikzentimeter, wofür die Besteller 2000 Pfund an das bakteriologische Institut der Universität bezahlten. — Elnen Goldwasser-Preis, hat die hebräische Universität im Betrage von 150 Pfund im Jahre ausgeschrieben. Der Preis wird jugendlichen Forschern, die sich mit der Entwicklung des Landes auf allen Gebieten befassen, zugeteilt werden. — Die Eröffnung einer englischen Universität in Jerusalem soll im Herbst ds. J. erfolgen. Der Beamte des Jerusalem Public Information Office, Dr. Martin, begibt sich nach London, um in dieser Angelegenheit zu verhandeln. Dr. Martin war Professor für semitische Sprachen an der Universität in Oxford. — Der „British Council“ hat eine Baugenehmigung erhalten, im Stadtzentrum von Jerusalem ein einstöckiges Haus aufzustocken, und errichtet einen Klubraum und einen grossen Vortragssaal. Ein Club für Englisch-Sprechende, unter der Patronanz des ehemaligen District-Commissioners Keith-Roach, ist in Jerusalem gegründet worden. — Gegen die Veröffentlichung von Namen von Rechtsanwälten in Gerichtesapberichten will die Vereinigung jüdischer Advokaten in Tel-Aviv protestieren,

well dies der Standeshere widerspricht. Ähnliche Verbote bestanden in fast allen europäischen Ländern. — Zur Assesfat Hanlwecharim wurde die 27. Liste eingereicht, u. zwar vom „Verband entlassener Soldaten“. Dagegen hat der Handwerkerverein seine Liste zurückgezogen. Die Bevölkerung von Tiberias beschwert sich, dass etwa 40% der Wähler nicht im Verzeichnis vorkommen.

## Dr. FELIX SEIDEMANN

Mit grosser Bestürzung und Trauer müssen wir Nachricht geben, dass nach langer, schwerer Krankheit am Montag, den 5. Juni Dr. Felix Seidemann, Mitglied der Hanhala der Alija Chadascha, in Tel-Aviv verschieden ist. Wohl war bekannt, dass er seit geraumer Zeit von einem tödlichen Leiden heimgesucht war, doch ahnten nur wenige die aktuelle Gefahr für sein Leben. Dr. Seidemann war Zionist seit seiner frühesten Jugend. Er war einer der Gründer des böhmischen „Blau-Weiss“ noch vor dem ersten Weltkrieg und dann, bis zum Jahre 1919, sein Oberführer. Als Student gehörte er dem Prager akademischen Verein „Bar Kochba“ an. Nach dem Kriege liess er sich als Anwalt in seiner Vaterstadt Teplice-Schönau nieder und war dort jahrelang Vorsitzender der zionistischen Ortsgruppe, die der Bewegung viele führende Persönlichkeiten gegeben hat, und Vertreter der Jüdischnationalen Partei im Stadtrat. Im Herbst 1933 flüchtete er nach der Besetzung des Sudetenlandes nach Prag, von wo er im Frühjahr 1939 seine Alija nach Palästina antrat. Dr. Seidemann war hier auch Generalsekretär der Hithaduth Olej Czechoslovakia u. gehörte seit dem Vorjahre der Hanhala der Alija Chadascha an. In den letzten Monaten seines Lebens war er als Referent der Deutschen Abteilung der Jewish Agency mit den Angelegenheiten der Entschädigungs- und Nachkriegsforderungen an Deutschland beschäftigt. Seine Gattin ist ihm im Jahre 1939 unter tragischen Umständen im Tode vorangegangen. Er hinterlässt eine Tochter, die zur A.T.S. gehört, und einen jungen Sohn. Dr. Seidemann war ein Mann von umfassender Bildung, ein Mann von überströmender Vitalität und Begeisterungsfähigkeit, ein vorbildlicher Zionist, geschult an der besten Tradition des mitteleuropäischen Zionismus. Durch sein gewinnendes Wesen und seine menschliche Haltung erwarb er sich überall Freunde. Die Alija Chadascha schätzte ihn als einen ergebenen und überzeugten wertvollen Mitarbeiter. In seinem weiten Freundes- und Bekanntenkreise wird der Tod des 52-jährigen eine schmerzliche empfundene Lücke hinterlassen.



## Endgültiger Bruch in der Mapai

Die Moezah der Mapai wurde am 1. Juni in Petach Tikwah eröffnet. Ben Gurion hielt ein Referat, in dem er sich wiederum sehr eingehend mit der Situation in der Partei befasste. Die Debatte und der Abschluss der Tagung in Tel Aviv statt. Die Moezah der Mapai erklärte, dass sich die Mitglieder der Siach B durch ihre letzte Zusammenkunft und durch die Begründung einer eigenen Gruppe „Achduth Ha'avodah“ selbst aus dem Reiben der Mapai ausgeschlossen haben. Auch andere, rigorose Disziplinbeschlüsse wurden gefasst und die Aktion der Werbung von „Partiosen“ der Histadruth für die Mapai in Angriff genommen. Im Tagblatt des Hashomer Hazair, „Mishmar“, wird die Siach B wegen ihrer angeblich unklaren Haltung angegriffen. Am vergangenen Schabbath haben die verschiedenen Strömungen der jüdischen Arbeiterschaft mit den Propaganda-Versammlungen für die Wahlen in die Assesfat Hanlwecharim und in die Histadruth begonnen. In Tel Aviv sprach Berl Katznelson und in Haifa Sherok für die Mapai. Auch der Hashomer Hazair, und die Siach B hatten ihre ersten grossen Wahlversammlungen angesetzt.

Aus Anlass des 25-jährigen Jahrestages der Gründung der tschecho-slovakischen Republik hat das Csl. Jüdische Repräsentationskomitee beim Jüdischen Kongress in New York ein schon ausgestattetes Heft herausgegeben, welches der esl. Judenheit gewidmet ist. Ausser einer Reihe von Begrüssungszuschriften aus den führenden Kreisen des Weltkongresses enthält das Heft mehrere interessante Artikel zur Geschichte der esl. Judenheit. Der grösste Teil der Artikel ist in englischer Sprache, ein Teil jedoch in tschechischer Sprache. In dem Heft sind auch mehrere Autoren aus Palästina vertreten, z.B. Hugo Bergmann („Das böhmische Judentum im XIX. Jahrhundert“), Friedrich Thieberger („Die geistige Leistung der esl. jüdischen Intelligenz in der tschechoslovakischen Republik“), Felix Weltach („Der böhmische Jude, Versuch einer Charakteristik“).

# »OLYMPIA«

Tel-Aviv 54

Ben-Yehuda

Der neue Salon fuer moderne

Damen- Herren- und Kinder- Ober- und Unterwäsche

Blusen, Strumpfe, Socken, Cravatten, Gürtel, Pyjamas

Massanfertigung nach speziellen Wünschen

Tel-Aviv 54

Ben-Yehuda

# »OLYMPIA«

JG. DAME

im Nähen bewandert, ivrith & dänisch sprechend, sucht per sofort

# OLYMPIA

TEL-AVIV, 54 BEN JEHUDA



WIR ERWARTEN SIE IN UNSEREM NEUEN LADEN



Der führende Schuh-Salon

# Den Wahlen entgegen

## 26 Listen

sind — vorläufig — bei der Wahlkommission zur Assefat Haniwcharim angemeldet worden. Die Presse aller Parteien kann sich nicht genug tun in der Entrüstung über dieses Zeichen der Zersplitterung u. politischen Unreife; derselben Parteien, die die Hauptschuld an diesen Zuständen tragen. — Diese 26 Listen sind die klare Antwort des Jischuw an seine „Führer“, das Spiegelbild der inneren Zerküftung und Zerrüttung, in die uns die dreizehnjährige Herrschaft der alten Parteien hineingeführt hat. Man kann nicht dreizehn Jahre lang hinter verschlossenen Türen eine Politik führen, die nur die Interessen der eigenen Gruppe in den Vordergrund stellt, sich ängstlich abschliesst gegen jeden neuen Menschen und jeden neuen Gedanken und sich dann darüber entrüsten, wenn die durch die mehr als zehnjährige Entwicklung Palästinas inzwischen völlig veränderte Wirklichkeit unseres Landes die Parteien, ihre Führer und Apparate, nicht mehr als ihre echten Repräsentanten empfindet.

Seit Jahren vertreten wir den Standpunkt, dass die Parteien des Kongress-Zionismus, entstanden aus weltanschaulichen und politischen Auseinandersetzungen innerhalb der zionistischen Weltorganisation u. auf deren Ziele ausgerichtet, in ihrem heutigen Zustande und ohne tiefgreifende Umbildung nicht geeignet sind, den bodenständigen palästinensischen Jischuw zu vertreten und seine Geschäfte zu führen. Ein Blick auf die 26 Listen bestätigt diese Ansicht. Die stärkste Partei des Landes, die Mapai, hat sich gespalten und tritt mit zwei Listen auf. Es sind Erscheinungen der palästinensischen Wirklichkeit, Eragen des Gegensatzes von Stadt und Land, Einfluss in wirtschaftlichen Institutionen der Histadruth usw., die zur Gründung der Slah Beth geführt und eine Spaltung herbeigeführt haben, deren Konsequenzen heute noch gar nicht abzusehen sind. Bei den Mittelparteien und auf dem rechten Flügel ist dieses Bild noch viel deutlicher. Offensichtlich vertreten weder die Allgemeinen Zionisten A noch der Brith Haxionim Haxialim die Interessen ihrer Kongresswähler. Planzer, Klagewerbetreibende, Kaufleute, Hausbesitzer — sie alle halten es für notwendig, ihre eigenen Kandidaten in die Gesamtvertretung des Jischuw zu entsenden. Keine einzige dieser Gruppen hat aus den Erfahrungen der Vergangenheit Vertrauen in die Führung der bisherigen Repräsentanten, die es nicht verstanden haben, in vernünftiger Abwägung von Einzel- und Gesamtinteresse das Gesamtwohl voranzustellen und die Entwicklung des Ganzen zu fördern.

So kommt es zur Vertrauenskrise, zu jener Anarchie, in der jede noch so kleine Gruppe unbedingt glaubt, selbst auftreten und ihre eigene Vertretung stellen zu müssen. Wieder andere flüchten sich in nebelhafte neue Theorien, die ihnen Erlösung aus der unerträglichen Gegenwart bedeuten, ohne den klaren Weg zu zeigen, der dieses Ziel erreichen soll. Zwei Frauenlisten treten auf, Frauenrechtlerinnen und Wizo, die wir

bisher immer für eine unpolitische der sozialen Aufgaben der Frau dienende Organisation gehalten haben. Gewisse Anzeichen der letzten Zeit, recht unglückliche politische Eskapaden der Wizo in Natlanja und zuletzt in Ramat Gan deuten auf eine Politisierung hin, die die Wizo einen grossen Teil ihrer Anhängerschaft, besonders unter den Frauen der neuen Alija, kosten kann. Versteht man denn nicht, dass einige Wizovertreterinnen in der Assefat Haniwcharim nicht im entferntesten den Schaden wettmachen könnten, den das gesamte Aufbauwerk und die Wizo selbst erleidet, wenn sie die bisher bewusst unpolitische Grundlage ihrer Arbeit verlässt und sich hineinzieht in den politischen Kampf? Keine Partei kann und wird darauf verzichten, aktive Frauen aus den Reihen ihrer Anhängerschaft als Kandidaten aufzustellen; Frauenorganisationen mit sozialen Aufgaben sollten alle Kreise zu dieser Arbeit heranziehen und auf eigene politische Aspirationen verzichten.

Ähnliche Erscheinungen mit ähnlichen Gefahren spielen bei der, wie wir hören, nach schweren inneren Auseinandersetzungen zustande gekommenen Liste des Makabi eine Rolle. Die Entwicklung im Makabi ist noch nicht abgeschlossen, sodass endgültige Stellungnahme verfrüht wäre. Die Revisionisten nennen sich unter Verschweigung ihres offiziellen Parteinamens etwas verschwommen „Tenua leumit“, eine andere Gruppe von offensichtlich jüngeren Kräften der revisionistischen Opposition, gemischt mit Oppositionellen anderer Kreise, tritt unter dem Namen „Tenua leumit l'Medina Iyryt“ (Volksbewegung für einen Judenstaat) auf. Die Kommunisten verbergen sich hinter einer „volksdemokratischen“ Liste und hoffen offenbar, unter diesem klingenden Namen Kreise anzuziehen, die ihre wahren Bestrebungen weder kennen noch billigen.

Der neuen Alija bestreitet schon keiner mehr das Recht zum Auftreten; sie hat sich durch ihre politische Aktivität in den letzten Jahren als „Alija Chadascha“ Namen und Achtung erworben. Sie ist keine „Landsmannschaft“. Sie vertritt viele Tausende aller Bevölkerungsschichten und Berufe, denen bisher noch nie Gelegenheit gegeben worden ist, Einfluss auf Leitung und Geschicke des Jischuw zu nehmen, dessen Werden und Wachsen sie in den letzten zehn Jahren entscheidend mitgestaltet hat. Ihre Vorstellungen vom öffentlichen Leben haben nichts zu tun mit jenen Anschauungen, die dem Jischuw bis heute in den offiziellen Parteiprogrammen immer wieder gepredigt werden, mit der engen Interessensvertretung dieser oder jener Berufsgruppe, die das Heil für das Ganze in der Durchsetzung ihrer eigenen Ziele erblickt. In den nächsten Nummern unseres „M.B.“ vor der Wahl werden wir unsere Ansichten darlegen.

Uns jedenfalls beweisen die 26 Listen, dass ein neuer Geist der Planung, der Ordnung, des Aufbaus nötig ist, der eine neue Frauenliste nicht das Ganze zerfallen soll.

## Was ist die Assefat Haniwcharim?

Die Assefat Haniwcharim, die nach dreizehnjährigem Bestand neu gewählt werden soll, ist ein „Parlament“ mit sehr beschränkten Kompetenzen. Abgesehen von der Betretung religiöser Angelegenheiten im Wege des Qberrabbinates, unterliegen ihrer Exekutive, d. h. dem Waad Leumi, drei Bezirke des öffentlichen Lebens des Jischuw: Erziehung, soziale Fürsorge und Gesundheitswesen. Die Tatsache, dass eine klare Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen den obersten Instanzen des Jischuw und den Spitzeninstanzen der Jewish Agency eigentlich nicht besteht und dass eine grosse Reihe von Aufgaben, die im Wesen der Assefat Haniwcharim und deren Organen zufallen müssten, nicht von diesen, sondern von der Jewish Agency bzw. von der zionistischen Weltorganisation erledigt werden, ist für die Beurteilung der unpopulären Situation der Assefat Haniwcharim von grosser Bedeutung.

Die Organisation der Knesset Jisrael ist zur Hälfte auf dem Gedanken der Freiwilligkeit aufgebaut, darin liegt ohne Zweifel ein entscheidender Mangel. Wohl wird man automatisch Mitglied der Gemeinschaft, aber jedermann hat das Recht auszutreten, wenn es ihm beliebt. Das hemmt die Autorität der Gremien der Knesset Jisrael, weil sie nicht nur mit Opposition zu rechnen haben, sondern auch mit Desertion der Mitglieder. Deswegen können sich undisziplinierte Elemente wie z. B. die Sfaradim und ihre Bundesgenossen, erlauben, den Waad Leumi unter Druck zu setzen, weil sie offenbar von dem Gedanken ausgehen, dass man vom „Judenstaat unterwegs“ abspringen kann wie von einer Strassenbahn.

Wie Vieles im Zionismus und im jüdischen Sektor Palästinas, haben sich die Realitäten des Landes rascher entwickelt als Konstitutionen geschaffen, Statuten formuliert und Beschlüsse gefasst werden konnten. Seit der Zeit, da die Knesset Jisrael mit 50.000 Mitgliedern vor 24 Jahren errichtet wurde, ist nicht allein der Jischuw um etwa das Fache angewachsen, seine Bedeutung und sein Gewicht im Weltjudentum und für das Weltjudentum sind enorm gestiegen, und während früher der Jischuw das Objekt philanthropischer Betretung und nationaler Sorge war, ist er jetzt selbst sehr weitgehend der Träger eigenen Willens geworden, dem zu einem nicht geringen Teile die Sorge um das Schicksal des Judentums obliegt. Dieser veränderten Lage wird das Gesetz über die Knesset Jisrael noch nicht gerecht. Andererseits hat jedoch die Vergangenheit gelehrt, dass Ambition und Erkenntnis der eignen Stärke und sachliche Erfahrung automatisch und dynamisch in anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften des Jischuw, so z. B. in kommunalen Gremien, zu einer allmählichen Erweiterung der Kompetenzen oder zumindest zu einer Erschöpfung aller Möglichkeiten, die das Gesetz bietet, geführt haben.

Die Tribüne der Assefat Haniwcharim wird, wie wir gerade in den letzten Jahren gesehen haben, oft zu wichtigen politischen Erklärungen benutzt. Aber Ben Gurion hat

z. B. vor seiner bekannten Rede in der Frage des „Reconstruction-Programmes“ keine Beratung mit den Instanzen der Assefat Haniwcharim gepflogen. Auch in dieser Erscheinung, in dem Widerspruch zwischen deklarativen Möglichkeiten und mangelnder Entscheidungsgewalt, liegt ein Grund für die Schwäche der Institution. Diese Schwäche ist durchaus selbstverschuldet, denn das Recht der Entschliessung, was von der Tribüne der Assefat Haniwcharim verkündet und erklärt werden darf, hätte sich diese anmassen dürfen, ohne den Rahmen des Statuts zu sprengen. Sie tat es bisher nicht, und der Mann auf der Strasse hat ein gutes Gefühl für echte Autorität. Eine erneuerte Assefat Haniwcharim, die ihren Wert und ihr Gewicht kennen wird, wird diese Autorität erst allmählich erlangen können.

## Aus Der Wahrheit

### Aus der Arbeit der Gremien

10.1944 Hanhala-Sitzung; Bestätigung des Organisations- und Finanzplanes für den Wahlkampf. Diskussion des Wahlprogramms, das der Merkas-Sitzung vom 3.6.1944 zur Bestätigung vorgelegt wird. Antrag der Hanhala an den Merkas:

„Der Merkas möge beschliessen: alle Mitglieder der Zentrale u. der örtlichen Gremien, sowie alle Mitarbeiter unserer Organisation werden verpflichtet, sich sofort in bindender Weise in den Dienst der Wahlarbeit zu stellen und in den nächsten Wochen und Monaten ihre freie Zeit dieser Arbeit zur Verfügung zu stellen. Kein Mitglied unserer Gremien kann seinen Platz weiter einnehmen, wenn es sich nicht dieser Verpflichtung unterzieht.“

### Die Wahlkommission

Die zentrale Wahlkommission hat in ihrer letzten Sitzung die eingereichten Listen bestätigt und mit Nummern bzw. Buchstaben des hebräischen Alphabets bezeichnet.

Die Liste der ALIJA CHADASCHA wird — wie bei dem Halfer Wahlkampf vor zwei Jahren — unter dem Buchstaben **W** aufgeführt.

Inzwischen arbeiten die Ortswahlkommissionen an der Vervollständigung der Wählerlisten, die in diesen Tagen ausliegen.

Unsere Vertreter in den Ortswahlkommissionen müssen darauf achten, dass bei dieser Arbeit unsere Interessen gewahrt und alle unsere Wähler im Wählerverzeichnis aufgenommen werden. Bei allen auftretenden Schwierigkeiten oder Zweifeln im Laufe der Arbeit der Ortswahlkommissionen bitten wir unsere Vertreter in den einzelnen Orten, sich sofort mit unserem Vertreter in der zentralen Wahlkommission, c/o Alija Chadascha, Jerusalem, Mamilla Rd. (Tel. 2003) in Verbindung zu setzen.



**WOHNUNGSTAUSCH**  
auch Zimmer innerhalb Haifa  
und zwischen Tel Aviv und Haifa  
vermittelt  
Büro **LANDSBERGER**  
40 Herzl St. Tel. 2183 Haifa

**ALPHA** CHEM. REINIG.  
FAABEREREI  
ANNAHMESTELLE  
**WASCHEREI**  
**WAGNER**  
**BEN JEHUDA 14**  
BESTE AUSFÜHRUNG  
ALLER REPARATUREN

**DER MILLIONAER**  
**BRAUCHT SIE NICHT,**

für ihn ist die Volksversicherung nicht gedacht!  
Wahl aber für Dich und mich, für die Menschen des Mittelstandes mit kleinem und mittlerem Einkommen und ohne Vermögens-Reserven. Uns gibt sie die Möglichkeit, Frau und Kinder vor Not zu wahren und diese notwendige Sicherung der Zukunft mit bescheidenen monatlichen Prämienzahlungen aufzubauen. Volksversicherung — das ist praktische Mittelstandspolitik!

**VOLKSVERSICHERUNG**  
DER ALIJA CHADASCHA UND DER JEKUN OLEJ MERKAS EUROPA  
VERTRAGSGESELLSCHAFT  
**MIGDAL** Insurance Co. Ltd.

# Demokratie

Die Vorgänge in der Jerusalem Kehillah mit ihrem sensationellen Klimax: der Wahl der Alja Chadascha-Vertreter als den einzigen legalen Abgesandten des Jerusalemer Jischuw konnte einen Beobachter zur Abfassung einer Komödie reizen. Wenn er nicht bei ernsthafterer Betrachtung zur Erkenntnis käme, dass diese ganze Affaire in kleinem Rahmen die Gefahr widerspiegelt, die den ganzen Jischuw bedroht.

Was sich im Rahmen der lokalen Ereignisse hier abgespielt hat, ist ja das Gleiche, was wir mit tiefer Besorgnis im ganzen Lande beobachten: die Unfähigkeit der einzelnen Gruppen und Parteien, ihre Sonderinteressen dem gemeinsamen Ziel unterzuordnen. Dieser Gruppen-Egoismus ist es, der das Zusammenwachsen der einzelnen Glieder zu einem Volksorganismus verhindert; er ist der Spaltplatz, der den Körper des kleinen Jischuw, bevor er reifen kann, immer wieder in einzelne Organismen zersprengt, von denen jeder wieder in neue Zwergorganismen zerfällt, die sich gegenseitig abstoßen.

Für diejenigen unter uns, die mit dem Namen Erez Israel von jeher die Vorstellung eines erneuten Volkslebens verbunden, ist eine der abstoßendsten Seiten des Jerusalemer Parteienkampfes das unwürdige Spiel, das hier mit dem Begriff Demokratie gespielt wurde. Wir glaubten daran, dass ein Volk mit unserem Schicksal, das von jeher Stände, Klassen und Geistesrichtungen durcheinander gewirbelt und keine dauernde Herrschaft Einzelner über die Masse gestattet hat, wie kein anderes zu gegenseitigem Verstehen und duldsamem Zusammenarbeiten hinstreben würde. In dieser Hoffnung sehen wir uns auf Schritt und Tritt enttäuscht durch das Bemühen einzelner machthungriger Personen und Gruppen, die demokratische Grundlage unserer Gesellschaft mit ihrer Klüngelpolitik zu erschüttern. In Jerusalem sahen wir, wie dieses Bemühen die Form der Sabotage annahm.

„Im Namen der Demokratie“ erhoben einige Sfarim, welche die orientalischen Edoth, um die sie sich bisher sehr wenig bekümmert hatten, zur Erreichung einer Machtposition brachten, ihre Forderung nach einer Kurie — durch die der Jischuw jäh in zwei rivalisierende Hälften gespalten wurde.

Im Namen der Demokratie wurde die Bestimmung getroffen, dass jede Partei, gleichviel ob sie orientalische Mitglieder und Mitarbeiter hat oder nicht, auf jeden aschkenasischen einen orientalischen Wahlkandidaten aufzustellen habe — ein Begriff von Demokratie, der „spottet seiner selbst und weiss nicht wie“.

Im Namen der Demokratie bildete sich im Stillen ein Block der reaktionären Parteien, die mit Hilfe der — zum grossen Teil ahnungslosen — Wähler aus den Edoth den Einfluss der fortschrittlichen Mehrheit brechen wollten. Dieser Block verriet seine wahren — von demokratischen Anschauungen weit entfernten — Absichten, als er die 50-50-Aufteilung der Kandidaten auch auf die nicht von ihm beherrschten Parteien ablehnte.

Im Namen der Demokratie wurde — unter Mitwirkung des Waad Leumi — der Wahltermin 13 mal verschoben, das letzte Mal auf Be-

schluss einer kleinen Zahl von Block-Vertretern, die sich selbst als beschlussberechtigt erklärten — ein Vorgehen, das uns in den Augen der nichtjüdischen Umwelt sicherlich nicht „gehoben“ haben kann.

In diesem unerfreulichen Wahlkampf hat die „Alja Chadascha“ sich ernstlich bemüht, das unaufrichtige Spiel, das hier gespielt wurde, aufzudecken und den Begriff einer demokratischen Gesellschaftsordnung mit neuem Inhalt zu erfüllen. Sie strebte nach Heranziehung aller Kreise, die befähigt und guten Willens sind, an der Entwicklung eines starken Jerusalemer Jischuw mitzuarbeiten — einen Terror einzelner Personen und Gruppen aber, die eine unwissende Masse für ihre eigenen Zwecke missbrauchen möchten, will sie nicht dulden. Es lag auch

nicht in der Absicht der Alja Chadascha, die etwas bizarr Situation zu schaffen, dass sie heute — als einzige Partei — legal berechtigt ist, die Jerusalemer Kehilla zu leiten. Sie, der ein solches Machtstreben ganz fern liegt, wird vielmehr froh sein, wenn sich endlich eine Lösung findet, die Aussicht gibt auf ein harmonisches Zusammenarbeiten aller Parteien ohne Unterdrücker und Unterdrückte.

An dem Jerusalemer Beispiet hat es sich erwiesen, dass die Alja Chadascha gewillt ist, für die Zurückführung einer von Unwahrscheinlichkeit und Formenkram entstellten Demokratie zu ihrer wirklichen Gestalt zu kämpfen. In der unbeirrten Verfolgung dieser Linie kann sie viel dazu beitragen, die von äusseren und inneren Gefahren bedrohten Gruppen im Lande zu einem wahrhaft freien Jischuw zu machen.

HELENE MANNA THON

# Nochmals das Wahlrecht

Nachdem die Sfarim in Jerusalem die Aenderung des Wahlrechts gefordert haben, wird seit einem Jahr in hebräischen Zeitungen die Abschaffung des im Jischuw geltenden Verhältniswahlrechts u. die Einführung des englischen Mehrheitswahlrechts mit gleichen Bemerkungen wie die in der letzten Nr. des Bl. S. 4 abgedruckten empfohlen. Mein Aufsatz in Nr. 20 S. 7 bemühte sich, die in der Presse zutagegetretenen Irrtümer richtigzustellen. Die Frage ist: Sollen die bevorstehenden Wahlen zum Waad Hakehilla Jerusalem und zur Assafath Hanjwachrim nach dem englischen Wahlrecht stattfinden? Nach diesem siegt der Bewerber mit der grössten Stimmenzahl im Einerwahlkreise. Bei den letzten Wahlen zur Assafath Hanjwachrim im Jahre 1931 erhielt die stärkste, die Arbeiterpartei in 82 von 111 Wahlorten die grösste Stimmenzahl, in nur 29 sehr kleinen Wahlorten nicht, während sie von allen im Lande abgegebenen Stimmen nur 42,6% bekam und den entsprechenden Teil der Sitze erlangte. Nach englischem Recht hätte diese Partei, deren Anhängerschaft sich ziemlich gleichmässig über das ganze Land verteilt, trotz Stimmenminderheit die erdrückende Mehrheit der Sitze erobert, die Versammlung völlig beherrscht und in seiner Exekutive eine homogene „starke Regierung“ gebildet. Sie ist „ling genug“ es bei dem demokratischen Verhältniswahlrecht zu belassen und dem Jischuw den politischen Zusammenbruch zu ersparen. Ein Parlament soll ein Bild des politischen Willens der Bevölkerung, nicht der Bevölkerungsmehrheit geben. Einheitlich kann das Bild nicht sein, solange die Menschen ihre Anschauungen und Interessen verschieden sind. Lassalle schon sagte in seinem „Arbeiterprogramm“, auf die Länge der Zeit sei es beim Wahlrecht nicht anders möglich, als dass der gewählte Körper das genau treue Ebenbild sei des Volkes, das ihn gewählt hat, und mein grosser Lehrer Rudolf Sahn, der ein Mann der Wissenschaft und der praktischen Politik war, beantwortete die Frage, worauf der parlamentarische Staat ruhe, mit den Worten: „Allein auf der Notwendigkeit, dass die Interessen aller einen Mund haben sollen, um laut zu werden.“ Das heisst nicht, dass jeder Eigenbrötler zu Worte kommen dürfe. Die Gefahr der Splitterparteien besteht beim Mehrheits-

wie beim Verhältniswahlrecht. So war die Zersplitterung im deutschen Reichstag mit Mehrheitswahlrecht vor 1914 ebenso gross wie unter der Weimarer Verfassung nach Verhältniswahlrecht, und in den meisten Ländern mit Verhältniswahlrecht ist die Zahl der Parteien gering. Aber, sagt man weiter, das Mehrheitswahlrecht verbürgt eine starke Regierung, das Verhältniswahlrecht macht sie unmöglich. Länder mit Mehrheitswahlrecht hatten oft schwache Regierungen und Länder mit Verhältniswahlrecht starke. Am 31. Mai 1944 wurde in Irland nach Verhältniswahlrecht mit dem Ergebnis gewählt, dass eine starke Regierung aus nur einer grossen Partei gebildet werden wird. Doch auch Koalitionsregierungen können stark sein und haben sich oft bewährt. Ein politisch krankes Volk kann nicht durch das Verhältniswahlrecht gerettet werden, aber ein reifes kann durch das Mehrheitswahlrecht zu Schaden kommen. Deutschland entliess 1914 einen Weltkrieg und sein aus Mehrheitswahlen hervorgegangener Reichstag bewilligte einstimmig die Kriegskredite, während es 1933 unter Geltung des Verhältniswahlrechts Hitler zur Macht und damit den zweiten Weltkrieg zur Entstehung brachte. England ertrug mit seiner grossen politischen Tradition lange Zeit das schlechte Mehrheitswahlrecht, bis die



OHEL-SAAL, Mittwoch, 14.6.44

9 Uhr abends

F. POLLAK u. M. TAUBE

spielen

Mozart, Schubert und Strauss-Walzer auf 2 Flügeln

Karten bei Saphir, Litafer und Abendkasse

Folgen für das Land und seine Politik im Jahrzehnt vor Churchill immer deutlicher würden. So ist gerade Churchill aus den Erfahrungen der Vergangenheit zu einem scharfen Kritiker des englischen Wahlrechts geworden und hat sich wiederholt für die Einführung des Verhältniswahlrechts ausgesprochen. Dieses ist nur noch eine Frage der Zeit. Auch Präsident Benesch ist ein Anhänger des Verhältniswahlrechts, wenn er auch — ein anderes Kapitel — zur Bekämpfung der Splitterparteien ein nach meiner Ansicht falsches und undurchführbares Mittel benutzen will, nämlich die Zulassung von nur drei bestimmten Parteien (Linke, Mitte, Rechte). Es ist verkehrt, das Unglück, das Hitler über die Welt gebracht hat, auf das Verhältniswahlrecht zurückzuführen und das Wahlrecht der Schweiz, Belgiens, Hollands, Schwedens, Norwegens, Dänemarks, der britischen Dominions und Churchills als „Totegebäude der Demokratie“ zu bezeichnen.

HARRY EPSTEIN

### NACHWORT DER REDAKTION.

Wir müssen damit die Diskussion über das theoretische Thema des „besten Wahlrechts“ schliessen. Es ist nicht gesagt, dass Erkenntnisse, zu denen man in grossen Staaten gelangt, auch auf den Jischuw anwendbar sind. Auf anderen Seite sollte man auch die Diskussion die Lehre ziehen, auf alle Fälle die Hauptmängel, die sich bei den verschiedenen Wahlsystemen herausgestellt haben, bei uns zu vermeiden. In diesem Sinn dürfte wohl Einigkeit darüber bestehen, dass im Jischuw nur das Verhältniswahlrecht derzeit in Frage kommt.



meine Schuld, ich hätte nicht bis zur Hochsaison warten dürfen, aber ich gebe meine Sachen trotzdem nur zu Keshet, auch wenn's jetzt über 14 Tage dauert

**KESHET**  
CLEANS & DYES  
don't spend - save!

**PHOTOEUROPE**  
WIR KAUFEN Camera, Linsen, Kino-Apparate, Epi- u. Dia-Projektoren, Heliplanpen, Dunkelkammergeräte u. anderes photographisches Zubehör sowie Feldstecher, Leskope, Mikroskop, Kompass, Lupe, etc.

**Photo Europe**  
CAMERA TAUSCH  
Cafe Europe Passage  
JERUSALEM

FÜR LÄNGERE LEBENSDAUER IHRER SCHUHE!!

**Walk**

WEISSE SCHWARZ BRAUN BORDEAUX ROT BLAU

SEI DEINE SCHUHECREME

**Walk**

**SONDER-ANGEBOT!**

D-Sommer-Kleider u. Knopfkittel 1.75 1.35 0.95

D-Bemberg u. Vistra-Kleider 4.50 3.25 2.95

Höbsche Muster und glatt

DAMEN-BLUSEN 89 59 Pl.

D-BADEANZUEGE 99 79 Pl.

D-SEID-SCHLUEPFER 32 1/2 24 1/2 Pl.

FUER DAS KIND:

K-Kleider 78 68% Pl. K-Blüschchen 17 1/2 14 1/2 Pl.

Höbschen 12 1/2 10% Pl. K-Badeanzüge 58 42 Pl.

FUER DEN HERRN:

OBERHEMDEN 85 62 BUSCHJACKEN 1.05 1.25

LUMBERJACKS 1.35 85/100 Som. JACKETS 5.99 3.99

**OSWALD & HAAS**  
15 AHAD HAAM ST. TEL AVIV

# Die Weltwoche

# Wilkie und Dewey

Die Stunde hat geschlagen. Das lang erwartete Ereignis der Invasion Europas hat begonnen. Während diese Zeilen geschrieben werden, sind die Resultate im Einzelnen noch nicht bekannt. Es ist auch unmöglich, in einer Wochenzeitung die 48 Stunden vor ihrer Verrichtung abgeschlossen werden muss, die Einzelheiten rasch sich abwickelnder militärischer Aktionen zu registrieren. Wir müssen uns damit begnügen, festzustellen, dass ein einschneidender neuer Abschnitt des Krieges begonnen hat und dass die „Zweite Front“ im Gebiet zwischen Cherbourg und Le Havre eröffnet ist — die größte kombinierte militärische Aktion der Weltgeschichte.

Die ersten Angriffe auf die Westküste Europas fallen zusammen mit der Besetzung von Rom, einem Ereignis, über das an anderer Stelle der heutigen Ausgabe gesprochen wird. Die Kämpfe in Italien nehmen ihren ununterbrochenen Fortgang, nördlich von Rom. Sie sind nunmehr ein Teil der konzentrischen Aktion der Alliierten geworden, und es ist damit zu rechnen, dass auf der westlichen Front die Alliierten rasch auch mit aller Kraft einsetzen wird. Als ein Auftakt dazu kam vor einigen Tagen die Nachricht, dass neue amerikanische Luftstützpunkte in Russland etabliert wurden und alliierte Flugzeuge von Italien aus einen Pendeldienst nach Russland eingerichtet haben.

Die Zuspitzung der militärischen Lage in Europa hat auch den politischen Entwicklungen ein neues Tempo gegeben. Im Vordergrund des Interesses stehen in dieser Hinsicht die Balkanländer. In London wurde offiziell mitgeteilt, dass die Britische Regierung der Türkei einen scharfen Protest übermittelt hat wegen der Durchfuhr von getarnter deutscher Kriegsschiffe durch die Dardanellen. Es wird nicht angegeben, zu welcher Zeit diese Durchfuhr erfolgt ist. Schon zur Zeit des ersten deutschen Balkanfeldzuges im April 1941 waren Gerüchte im Umlauf, dass deutsche Kriegsschiffe dieser Art von den bulgarischen und rumänischen Häfen durch die Dardanellen ins Ägäische Meer führen und bei der Besetzung der Griechischen Inseln mitwirkten. Anscheinend planen die Deutschen nach jetzt eine Verstärkung ihrer

Kräfte im Ägäischen Meer — eine der wenigen Zonen, in der sie noch die Oberhand haben. Die britische Note an die Türkei kommt unmittelbar nach Churchills Rede, in der er ziemlich unverblümt mit der Türkei abgerechnet hat. Man darf auf die weitere Entwicklung auf diesem Gebiet gespannt sein.

Nicht weniger wesentlich sind die Vorgänge in Bulgarien wo eine radikale Pro-Nazi-Regierung eingesetzt wurde. Nachdem die frühere Regierung sich geweigert hatte, Hitlers Einladung nach Berchtesgaden zu folgen, ist jetzt der neue Ministerpräsident mit einem Mitglied des Regenschafsrats nach Berchtesgaden abgereist. Was Hitler von Bulgarien will ist nicht schwer zu erraten: vollen Eintritt in den Krieg an deutscher Seite. Es ist freilich kaum zu verstehen, dass die Bulgaren jetzt zu einer solchen selbstmörderischen Politik bereit sein sollten. Die Königin-Mutter von Bulgarien ist die Schwester des jetzt zum Reichsverweser bestellten italienischen Kronprinzen, der mit Hilfe der Alliierten seinen Thron in Rom wiedergewinnt. In Bulgarien scheint die mit den Nazis verbundene und ihnen geistesverwandte mazedonische Terror-Organisation die Oberhand zu haben.

Auch in Jugoslawien scheinen sich neue Entwicklungen anzubahnen. König Peter hat in London einen kroatischen Politiker, Dr. Subasic, als eine Art Kommissar eingesetzt, mit der Aufgabe, eine Kooperation mit der Widerstandsbewegung Marschall Titos und mit allen anderen Gruppen herzustellen. Es ist zum ersten Male, dass in dem bisher von der grossserbischen Idee beherrschten Reich ein Kroate zur führenden Position berufen wird. Interessant sind die Mitteilungen von Dr. Zwi Rothmiller (einem aus Agram stammenden Zionisten) im „Davar“ wonach Dr. Subasic in der Advokatenkanzlei des Zionisten und Kultspräsidenten Marco Horn in Agram beschäftigt war und seit jener Zeit ein treuer Freund der Juden und des Zionismus ist.

Interessant verdient auch die Nachricht, dass der polnische Premierminister Mikolajczyk in Washington eingetroffen ist.

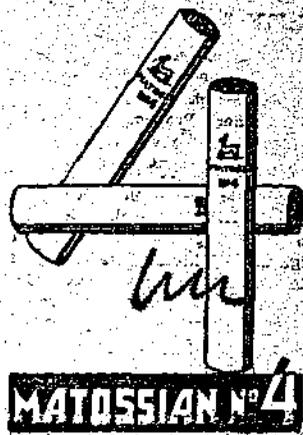
Der nächstehende Aufsatz des „Manchester Guardian“ charakterisiert die Lage in der Republikanischen Partei der USA, die sich zum Wahlkampf gegen Roosevelt rüstet, und demüschst ihren Präsidentschaftskandidaten wählen wird. Als ihr wahrscheinlicher Kandidat gilt Gouverneur Dewey, der sich übrigens in letzter Zeit offen zu den anti-isolationistischen aussenpolitischen Anschauungen Walter Lipmanns bekannt hat.

Die Zurücknahme der Präsidentschaftskandidatur Wilkies hat sicherlich die amerikanische Politik vereinfacht. Die Abstimmungen während vieler Monate hätten ergeben, dass Wilkie und Gouverneur Dewey abwechselnd die erwählten Kandidaten der Republikanischen Partei darstellten. Der letztere hat später an Boden gewonnen. Aber niemand dachte, dass Wilkie so bald aus dem Kampf ausscheiden würde. Es schien, als ob es einen harten Kampf zwischen den Beiden geben würde, der die Partei spalten, oder irgend einen Unbekannten zur Präsentation bringen würde. Aber alles dies ist jetzt überwunden und Dewey steht innerhalb der Republikanischen Partei ohne irgend einen ernsthaften Gegenkandidaten da. Da es aussieht, als ob er der Sieger sein wird, wird die Parteilmaschine sich beeilen, ihn zu stützen. Es hat sich gezeigt, dass er bei den republikanischen Wählern des Mittleren Westens beliebt ist und er hat einen wichtigen Staat (New York) in seiner Tasche. Alle anti-Kriegs- und anti-britischen Gruppen und sogar die kleine faschistische Gruppe haben sich ihm zugewandt. Es wäre aber Dewey gegenüber sehr unfair, ihn mit allen seinen Unterstützern zu identifizieren.

Dewey hat sich als ein sehr geschickter Politiker erwiesen. Er ist ehrgeizig, und da er jung ist, hat er seine Verdrängung im Jahre 1940 durch Wilkie als als endgültig angesehen. Er wartete auf 1944 oder 1948. Aber er war vorsichtig, nicht zu eilig zu erscheinen (im Gegensatz zu Wilkie). So hat er sich von den Anfangsvorbereitungen fern gehalten und nicht erlaubt, dass sein Name formell auf der Kandidaten-Liste erscheint. (Obwohl er seine Freunde nicht verhindert hat, kräftig für ihn zu werben). Er ist ein ruhiger, kühler und fähiger Mann, der kein Amt sucht und umworben werden muss. Er ist keine so warme, leidenschaftliche Persönlichkeit wie Wilkie, aber er besitzt einen Charme besonderer Art. Als Staatsmann ist Dewey wenig bekannt. Vor vier Jahren war er ein fast leidenschaftlicher Isolationist; in der Lind-Lense Frage war er ein wenig schwankend. Vor einem Jahr aber, gab er eine Erklärung zugunsten einer Verbindung Amerikas mit Gross-Britannien ab. Wie sein weiterer Weg sein wird, ist Dewey's Geheimnis, und in diesem Augenblicke die am meisten diskutierte Frage in Amerika.

Wilkie hat wegen seiner allzu grossen Geschäftigkeit an Prestige verloren. Obwohl er dem Namen nach der Führer seiner Partei ist, hat er seinen Einfluss dort schwächen sehen, als er versuchte, sie sowohl nach innen als auch nach aussen zum Liberalismus zu treiben. Er war so leidenschaftlich gegen den Präsidentschaft und gegen den New Deal wie nur irgend ein anderer, aber was er sagte, klang für die alte Republikanische Garde wie die Reden des Präsidenten.

Er sagte seiner Partei, dass sie liberal werden oder untergehen müsse. Er versuchte, sie zu dem historischen Internationalismus zurückzuführen. Aber obwohl er einen ungeheuren persönlichen Erfolg errang (sein Buch „One World“ wurde in Millionen Exemplaren verkauft), erreichte er doch sehr viel Unwillen. Eine „Stop Wilkie“-Bewegung entstand. Er warf sich persönlich in die Wisconsin-Schlacht. Obgleich dieser Staat für ihn sehr schwierig war, konnte doch niemand voraussehen, dass es ihm nicht gelingen würde, einen einzigen Delegierten durchzubringen. Es ist augenscheinlich, dass mit Wilkies Niedergang die Hoffnungen sehr vieler Amerikaner zunichte werden. Es gibt sehr viele Republikaner, die ihn für den einzigen Mann hielten, der fähig ist, den Präsidenten zu schlagen. Sie schätzten, dass sein Feuer und sein glühender Internationalismus für den schwankenden Wähler attraktiver ist als Dewey's Vorsicht, und besser für die Nation, weil sie die Stetigkeit in der Aussenpolitik gesichert hätte. Sie sind jetzt ziemlich erbittert und verzagt, teils weil sie einen Erfolg Roosevelts und die damit verbundene unvermeidliche innere Span-



nung fürchten, teils, weil sie fürchten, dass ein Sieg Dewey's die Rückkehr in den Isolationismus oder eine neue Form aggressiven, die Zusammenarbeit mit anderen Völkern ablehnenden Nationalismus bedeuten könnte. Es ist noch zu früh, um klar zu sehen. Viel hängt davon ab, wie Wilkie seine Partei „erzogen“ hat, wie weit Dewey bereit ist, zu führen, und was Wilkie zu tun beabsichtigt. Aus dem augenblicklichen Kampf ist er ausgeschieden, aber mit seiner Gegenwart und seinem Einfluss muss noch gerechnet werden.

## Erziehung der deutschen Kriegsgefangenen?

(Aus „The New Statesman and Nation“, London)

In den vergangenen Wochen erschienen in der Presse Berichte über Selbstmorde von Anti-Nazi Kriegsgefangenen in den alliierten Gefangenenlagern. Der Grund für diese Selbstmorde war immer ein organisierter Nazi-Terror in diesen Lagern. Diese traurige Angelegenheit ist der Tatsache zuzuschreiben, dass den Nazis in weitem Umfange „Autonomie“ in der Beherrschung der Lager gestattet ist und dem Mangel an richtiger politischer Instruktion seitens der alliierten Regierungen. So sehen die Gefangenen, die mit dem Nazi-Regime und seiner Ideologie unzufrieden sind, keinen anderen Ausweg aus ihren Schwierigkeiten als Selbstmord.

Unter den Schlägen der Roten Armee an der Ostfront und der alliierten Bombenoffensive gegen Deutschland lernen die deutsche Armee und die Heimatsfront allmählich die logischen Resultate der in „Mein Kampf“ dargelegten Theorien kennen. Sie beginnen aus ihrem elf Jahre dauernden, durch Nazi-Propaganda und Erziehung verursachten Traumbestand, zu erwachen und bekommen auf diese Weise ihren ersten bitteren Unterricht einer veränderten Erziehung. Aber während der Nazismus allmählich seine ideologische Herrschaft über die deutsche Armee und das Volk verliert, ist es ihm erlaubt, fast ohne Ermischung, in der Treibhaus-Atmosphäre der alliierten Kriegsgefangenenlager zu gedeihen.

Die Sowjetregierung erkannte in einem frühen Stadium die Wichtigkeit der Erziehung in den Lagern für deutsche Kriegsgefangene. Diese Propagandaarbeit, die kurz nach der Invasion des Sowjet Territoriums durch die Deutschen begann, war äusserst erfolgreich. Ihren Höhepunkt erreichte sie in der Gründung des „National Komitee des freien Deutschlands“ und der „Union deutscher Offiziere in der U.S.S.R.“ Unter der Leitung die-

ser Organisationen, die angeblich in einigen Lagern 90% der Gefangenen als ihre Mitarbeiter haben, senden Kriegsgefangene regelmässig Radiosprachen an die deutschen Linien und es ist von selten der Russen erklärt worden, dass die Nazi-Niederlagen in der Ukraine zum Teil durch die wachsende Wirksamkeit dieser Propaganda verursacht worden sind. Es ist wiederholt vorgeschlagen worden, dass Gross-Britannien und die U.S.A. dem Beispiel ihrer russischen Verbündeten folgen und eine Erziehungsarbeit in grossem Massstabe an den in ihren Händen sich befindenden deutschen Kriegsgefangenen vornehmen sollten.

Der legale Status der Kriegsgefangenen in diesem Lande ist die „International Convention Relative to the Treatment of Prisoners of War“, die am 27. Juli 1929 in Genf unterzeichnet und von 27 Nationen, darunter Gross-Britannien und Deutschland ratifiziert wurde. Die Frage, ob es erlaubt sein soll, die Kriegsgefangenen geistig zubezugen, wurde in beträchtlichem Ausmass auf der der Konvention vorausgehenden diplomatischen Konferenz diskutiert. Der Vertragsentwurf enthielt folgenden Passus: „Die Kriegführenden werden sich jeder religiösen, politischen oder sozialen Propaganda bei den Kriegsgefangenen, die den Zweck haben soll, dem Feinde Schaden zuzufügen, enthalten.“ Es war nicht zufällig, dass die Hauptopposition gegen diese Klausel von der britischen Delegation kam. Es soll daran erinnert werden, dass im letzten Kriege es die britische Begleitung war, die als erste den Wert der politischen Erziehung als eine legitime Kriegswaffe anerkannte und man kann annehmen, dass die Haltung der britischen Delegation durch diese Tatsache sehr beeinflusst war. Die britische Delegation verlangte die Weglassung dieser Klausel aus dem end-

### Die Tagung der Assefat Niwcharim

Am Montag, den 5. ds. M. fand im Sitzungssaal der Jewish Agency eine Tagung der Mitglieder der soeben aufgelösten Assefat Niwcharim und der Vertreter der Kehillot und Ortsgemeinden statt, die dem Thema „Rettung des europäischen Judentums und Alarmierung der gesitteten Welt“ gewidmet war. Von den Reden hinterliess die Ansprache eines soeben aus Bessarabien eingetroffenen Osh Beer, und sein Ruf nach raschster Hilfe den tiefsten Eindruck. Er gab eine erschütternde Schilderung der blutigen Massaker, welche von den Nazis unter den Juden Bessarabiens und Transdniestriens veranstaltet wurden. Im Übrigen wurde wenig Originelles gesagt. Zum Schluss protestierte Rabbi Benjamin gegen den schablonenhaften Verlauf der Sitzung, freilich ohne zu sagen, wie man es anders machen soll.

Soeben erschienen:

SIGFRIED MOSES

Die JÜDISCHEN NACHKRIEGS-FORDERUNGEN

Irgan Oloj Morkas Europa Division Ltd.

Preis 280 Mills

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und durch unsere Büros in Tel-Aviv, Haifa und Jerusalem.